

genommen. Beide gehörten dem Kegel club des Didier-Konzerns in Westberlin an. Sie fühlten sich mit diesem Konzern verbunden und schoben dem Konzern umfangreiche Aufträge zu.

Der Chefkonstrukteur der Abteilung Forschung und Entwicklung im „Karl-Liebknecht-Werk“ Magdeburg, Stadler, hatte seit Jahren Verbindung zu Konzernbetrieben in Westdeutschland. Dienstliche Unterlagen, die als Werkgeheimnis anzusehen sind, nahm er mit in seine Wohnung. Dies war möglich auf Grund der im Betrieb herrschenden Unordnung. Er hat außerdem die wertvollsten Unterlagen, die unter keinen Umständen in fremde Hände gelangen durften, an eine Deckadresse in Westdeutschland geschickt.

Im Amt für Wasserwirtschaft wurde am 9. Juni 1957 der Leiter der Abteilung Wasserlaufbewirtschaftung, Kynapfel, republikflüchtig. Unmittelbar danach stellten vier Mitarbeiter des Amtes den Antrag auf Genehmigung von Westreisen im Urlaub. Vom Leiter des Amtes wurden diese Anträge genehmigt. Auf Grund des Einspruchs der Kaderabteilung erfolgte eine Beratung mit Mitgliedern der Parteileitung. Im Ergebnis der Beratung wurde beschlossen, „die Genehmigung zu erteilen, da nach unserem Dafürhalten sich eine Ablehnung in bezug auf die friedliche Wiedervereinigung negativ auswirkt“.

Ich stelle den Genossen die Frage, soll das so weitergehen? Ist es nicht notwendig, daß in den Ministerien eine strenge Ordnung zur Prüfung solcher Reisen eingeführt wird? Die Nachprüfung hat ergeben, daß die Anträge auf Westreisen fast ausnahmslos mit außerordentlicher Großzügigkeit und unter Verletzung der Wachsamkeit genehmigt worden sind.

Das sozialistische Bewußtsein festigen

Die staatspolitische Schulung kann von solchen Erscheinungen nicht losgelöst betrachtet werden. Die verantwortlichen Leiter der zentralen staatlichen Organe haben leider im allgemeinen zugelassen, daß der Sinn und Inhalt der staatspolitischen Schulung in den meisten Fällen entstellt worden ist.

Nach den Beschlüssen der Regierung soll die staatspolitische Schulung dem Zweck dienen, das sozialistische Bewußtsein der Mitarbeiter zu entwickeln. Aber im Ministerium für Schwermaschinenbau wurden zu etwa 70 Prozent rein fachlich-technische Probleme im Rahmen der staatspolitischen Schulung behandelt.

Der Themenplan der Hauptverwaltung Kabel und technische Keramik dieses Ministeriums weist von zehn Themen sieben mit fachtechnischen Problemen aus. Die ökonomischen Probleme der Übergangsperiode werden jedoch nicht behandelt, die staatspolitische Erziehung der Mitarbeiter wird vernachlässigt.

Ähnlich sieht es auch in den Kreisverwaltungen aus. Ich habe selbst festgestellt, daß der Themenplan der staatspolitischen Schulung in den Kreisen entsprechend den Anweisungen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft Fragen der Organisierung der Ernte enthält. Das hat mit staatspolitischer Schulung nichts zu tun, die technischen und organisatorischen Fragen der Ernteeinbringung sind Angelegenheit der täglichen Arbeit. Die Schulung muß sich mit den Grundfragen und Problemen des sozialistischen Aufbaus, der staatspolitischen Erziehung und Bildung der Mitarbeiter des Staatsapparates beschäftigen.